

Rainer Land

Evolution der Moderne und Emanzipation

Vom „Modernen Sozialismus“ zum „Libertären Ökosozialismus“

Die symbolische Bedeutung des Begriffs „Sozialismus“ ist eines der markanten Beispiele deutsch-deutscher Mißverständnisse und mentaler Differenzen zwischen Ost- und West-Linken. Für die „Reformsocialisten“¹ der achtziger Jahre, ein Teil der die dritte Generation der in der SED-Staatspartei sozialisierten Parteintelktuellen, bedeutete die Rede vom Sozialismus gerade nicht das Moment radikaler Gesellschaftskritik, die es im Kapitalismus und wohl auch in der BRD bedeutete. Sozialismus kodierte das Moment des Konsens und der Akzeptanz der vorgefundenen Verhältnisse und ihrer Vorgeschichte. Wohl schloß dies Veränderung der Verhältnisse in einem evolutionäres Sinne ein - die Weltanschauung in der DDR war eine evolutionäre, zumeist teleologische; das Denken bewegte sich in Differenzen zwischen Vergangenheit und Zukunft, in der sich Gegenwart als temporäres Moment bestimmte. Gegenwart war, so wie sie war, nur zu akzeptieren als Bewegung weg von etwas und hin zu einer anderen, erstrebten, kommenden Wirklichkeit. Sozialismus kodierte das Einverständnis mit einem vorgestellten, gedachten geschichtlichen Prozeß, der die Misere der Vergangenheit wie der Gegenwart überwinden sollte. Und es war das avantgardistische Selbstverständnis der Macher dieses Prozesses, die dazu die „Macht“ erobert hatten und benutzen wollten. Im Verhältnis der Generationen - Altkommunisten, Aufbaugeneration und SED-Reformer - beinhaltete „Sozialismus“ die Option auf die Macht und den Anspruch der jüngeren Generation auf das Machterbe. Ich denke, wenigstens in drei Momenten unterschied sich dieses Selbstverständnis von dem der westdeutschen Linken: Evolutionismus, Einverständnis mit den grundlegenden Gesellschaftsverhältnissen, Anspruch auf die Macht und ihren schließlich nur reformistischen Gebrauch, denn die Revolution war mit der Übernahme der Macht vorbei. Eine fatale Folge

schneller Suche nach neuen Partnern ist, diese Differenzen nicht beachtet zu haben.

Das wissenschaftlich Interessante und auch politisch Wichtigere am Projekt „moderner Sozialismus“ war nicht der „Sozialismus“, sondern das „moderne“. Es codierte zunächst ein dissentes Moment im Verhältnis zu älteren Generation, ganz versteckt, typisch für diese Generation bestimmte, deren Selbstbild wir an anderer Stelle „konspirativen Avantgardismus“ genannt haben^{1a}. „Modern“ sagt immerhin, daß es ein anderer Sozialismus sein soll als der real existierende. Wegen des konsenten Evolutionismus blieb es eine Kritik, die den Zukunftsvisionen der älteren Generation von Parteintelktuellen nicht zu widersprechen schien, die man jedenfalls nicht als Widerspruch deuten mußte. Theoretisch aber wird es genau da interessant: Die Evolution des Sozialismus wird als Modernisierung bestimmt, Sozialismus - das Projekt der Gegenmoderne per se - und Moderne erscheinen in Synthese. Die versteckte Radikalität dieses Sozialismuskonzepts besteht darin, die Institutionen der Moderne sukzessive wieder einzuführen, zum Kapitalismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Verfassungs- und Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung zurückzukehren, diese zum Angelpunkt einer Reform des Sozialismus zu machen. Aber zurückzukehren nicht auf dem Wege einer Konterrevolution, sondern auf dem Wege der Evolution des vorgefundenen „Sozialismus“ selbst, auf dem Wege einer kontrollierten, folglich gestalteten, nicht spontanen und die Folgen stets im Griff behaltenden *Einführung* von Institutionen der Moderne. Dazu wollte, brauchte man die Macht, ihr Sturz lag nicht im Programm, vielmehr sollte sie mit der Instrumentalisierung für Reformen aus der Diktatur des Proletariats in eine moderne Verfassungsdemokratie transformieren. Die Partei selbst sollte Subjekt ihrer Aufhebung bleiben; Opposition und Umsturz

galten als Gefährdungen in einer bipolaren und zum Overkill fähigen Welt. Ein affirmatives oder gar kooperatives Verhältnis zu Bürgerrechtlern blieb daher ausgeschlossen. Zwar akzeptierte man mehr oder weniger deren moralischen Gründe einer Kritik an der Realität des Sozialismus, hielt den Weg der Bürgerrechtler aber für falsch, weil die „Machtfrage“ als Invariante für Reformen galt.

Die mit dem „Modernen Sozialismus“ verbundene Subversion war ebensowenig kompatibel zur Macht- und Staatsferne, zum Kritikverständnis und zum Anti-Evolutionismus der westdeutschen Linken. Während die Westdeutschen über Utopien gesellschaftskritisches Denken legitimierten, ging es in der DDR nicht um Befreiungsideen als Folie für Gesellschaftskritik, sondern um praktischen Reformismus. Dies war kein pragmatischer Tagesreformismus, der temporäre Mißstände technokratisch zu überwinden sucht, sondern der Versuch, durch eine kontrollierte Wiedereinführung der Institutionen der Moderne aus einer als grundsätzlich erkannten Sackgasse herauszukommen. Damit verbunden war die Vorstellung, auf dem Wege eines machtgeleiteten und konzeptionell bewußt gestalteten Prozeß der Reinstitutionalisierung der Moderne nicht nur die in mühseligen Klassenkämpfen emanzipatorisch durchgesetzten Rückkopplungen und Kontrollmechanismen eines sozialstaatlich und politisch gezähmten Kapitalismus übernehmen zu können, sondern diesen emanzipatorischen Gegenmächten und Gegenkräften bei dieser Gelegenheit eine noch stärkere Position zu verschaffen. Die machtgeleitete Reinstitutionalisierung von Marktwirtschaft, Kapitalverwertung, Parteiendemokratie und Rechtsstaat sollte den Westen bei der institutionellen Verankerung emanzipatorischer Prozesse sozusagen überholen.

Das Konzept des „modernen Sozialismus“ war alles in allem ein theoretisch fundierter Reformismus, der Lehren aus den Fehlentwicklungen eines ursprünglich als Gegenmoderne konstituierten Sozialismus zu ziehen versuchte. Das war den Beteiligten durchaus klar. Wenn Ex-Sozialismus-Reformer der früheren DDR und Sozialisten der früheren BRD zusammen über sozialistische Emanzipationsprojekte reden, dann kann es leicht zu Mißverständnissen der differenten Fundamente kommen. Trotzdem gibt es gemeinsame Perspektiven. Sozialismus

kann gemeinsam als eine durch *Emanzipations- und Partizipationsbewegungen an die Lebenswelten der Individuen zurückgebundene Moderne*² verstanden werden. Bei der Frage, wie die emanzipatorische Selbstveränderung der modernen Gesellschaften weitergehen wird, gibt es praktischen Berührungspunkte, die zum Beispiel sichtbar werden, wenn man fragt, wie die gegenseitig bescheinigte Nähe der Vorstellungen des André Gorz der 80er Jahre mit manchen Ideen ehemaliger SED-Reformsozialisten zu erklären ist.³

Reformen: Stabilisierung oder Erneuerung

Eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklungstrends der Wirtschafts- und Lebensweise der westlichen Moderne hat den eigenen Untergang zur Folge. Die Ökosphäre würde zerstört, die traditionellen Wirtschafts- und Lebensweisen der Länder, die nicht zur hochindustrialisierten westlichen Zivilisation gehören, würden verschwinden, ohne daß diese Regionen Anschluß an die Industrialisierung und Modernisierung fänden. Die Regulation mittels Konsumexpansion und Sozialstaat stößt an die Grenzen der Leistungsfähigkeit des modernen Industriesystems selbst, wenn die Arbeitsproduktivität ein Maß erreicht, das Industriearbeit als Mittel der Sozialintegration prekär werden läßt. Die Institutionen der westlichen Moderne werden reformunfähig, erstarren, sind hohl und vorläufig unfähig, neue Antworten auf diese Entwicklungsprobleme zu finden.

Die westliche Gesellschaft steht im Moment vor einer sehr grundlegenden und in gewisser Hinsicht spirituellen Frage. Sie müssen sich entscheiden, ob sie glauben sollen, die Rettung sei durch die Stabilisierung der Entwicklungspfade möglich, die mit Fordismus, Konsumismus und Sozialstaat nach dem 2. Weltkrieg eingeschlagen wurden. Dann wäre eine Politik legitimierbar, die auf die Stabilisierung und Ergänzung der vorhandenen Grundstrukturen der westlichen Moderne und die Externalisierung der aufkommenden Probleme zielt. Die Umbrüche von 1989 und der folgenden Jahre und die anschließenden Rückschläge wären dann nur als partielle und überwindbare Hindernisse auf dem schon mal richtig eingeschlagenen Weg in eine zivile Gesellschaft mit postindustriellen

Kulturen zu interpretieren, und eine Politik der Beruhigung und des Ausgleichs schiene geboten.

Glaukt man hingegen, vor einer historisch neuen und offenen Konstellation zu stehen - vergleichbar den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts oder den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts -, die nach einer Neubestimmung künftiger Entwicklungspfade verlangt, dann müssen wir die Debatte über eine Neubestimmung von Lebenssinn in Übereinstimmung mit den gewußten Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Gegenwart führen, eine Debatte über den Umbau der Lebens- und Wirtschaftsweise und der sie regelnden Institutionen. Diese Entscheidung - Beibehalten bestehender Trends oder Umbau, Erhalten des alten Lebens oder Suche nach einem neuen - das ist die Gretchenfrage, um die sich der öffentliche Diskurs heute drehen müßte.

Die Schwierigkeit dabei ist, daß niemand genau vorhersagen kann, wie dieses erneuerte, auf Zeit wieder funktionsfähige Leben aussehen könnte und wie man dahin gelangen kann. Es ist offen und kann nur in einem gesellschaftlichen Prozeß der Sinnbestimmung erdacht werden. Reformen zur Stabilisierung des Alten oder Reformen zur Öffnung für Neues, das ist die Alternative, die *praktisch* zu entscheiden wäre. Die Entscheidung für das Zweite war es, was die Reformer des Projekts „Moderner Sozialismus“ 1989 davon abhielt, den von uns gewollten Anschluß an die westliche Moderne als bloße und uninnovative Eingliederung in die westdeutsche Bundesrepublik zu befürworten.

Modernisierung: Rationalisierung und Emanzipation

Grundlegende Wandlungsprozesse der Wirtschafts- und Lebensweise wie der sie regulierenden Institutionen hat es in der Geschichte des modernen Kapitalismus mehrfach gegeben, beispielsweise in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts und in den 20er und 30er Jahren. Man muß kein Anhänger Schumpeters sein, um akzeptieren zu können, daß sich die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Wellen mal eher extensiver Phasen, mal eher intensiver Phasen vollzieht, in denen auch gesellschaftliche Verhältnisse, Regula-

tionsmodi und Institutionen diskontinuierlich erneuert und umgebaut werden.

Solche Umbrüche erfolgen unter erheblichen sozialen Kämpfen: Wahrung der alten Besitzstände, Abwehr von Zumutungen auf der einen, Kampf gegen tödlich werdende Tendenzen auf der anderen Seite. Die Frage ist aber, wie zivilisiert werden sie ausgetragen? Während man sich im Europa der 30er und 40er Jahre die Köpfe einschlug, sich selbst gegenseitig und Millionen Unbeteiligte umbrachte, weil konservative Reformverweigerung, sozialdemokratischer Biedersinn und kommunistisches Revolutionsgehabe sich in der Sackgasse blockierten und Auswege versperrten, wurden in den USA um „Fordismus“, neue Industriekonzepte, „New Deal“ und Keynesianismus herum Reformkonzepte erfunden, die die Krise überwindbar machten, neue Institutionen schufen und alte erneuerten. So konnte ein - auf Zeit - wieder funktionsfähiger Entwicklungspfad gefunden, „erfunden“ werden, der mit und nach dem Sieg über Faschismus und Nationalsozialismus schließlich auch die Voraussetzung für die Erneuerung Westeuropas wurde. Was waren die Bedingungen einer zivilisierten Suche nach einem Neuansatz? Sind sie beeinflussbar? War der Druck der Außensituation entscheidend, begründete die Angst vor dem Krieg die Bereitschaft, sich auf der Suche nach Neuem selbst in Frage zu stellen, aufzuopfern, nur um weiterzuleben? Sicher spielte das eine Rolle. Ob wir heute dazu bereit werden, ohne eine am eigenen Leib und an der eigenen Seele spürbare Todesangst? Objektiv gäbe es ja alle guten Gründe für diese Angst, nur gibt es sie im Westen nicht subjektiv.

Bei der Frage nach der Art und Weise, in der die Umbrüche innerhalb der Moderne vollzogen werden, haben Reformsozialisten unseres Forschungsprojekts eine Antwort gegeben, die ein Stück weit mit der von André Gorz korrespondiert. Der notwendige Umbau der Institutionen erfolgt und kann erfolgen, wenn eine Emanzipationsbewegung im Moment der Krise politische Gestaltungsmacht erlangt. Voraussetzung ist, daß diese politischen Bewegungen nicht bloß systemisch bedingte Funktionsinteressen, Besitzstände, ausdrücken, sondern auf den desolaten Zustand der Gesellschaftsmaschinerie reagieren, indem sie autonome Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte geltend machen,

„Widerstand gegen die Zerstörung der Fähigkeit, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen“ (André Gorz⁴) leisten. Nicht daß diese Emanzipationsbewegungen wissen könnten, wie, durch welchen Umbau welcher Institutionen wieder Entwicklungspfade geöffnet würden. Mit dem Widerstand können sie aber die fatale Selbststabilisierungskraft der modernen Institutionen brechen, jenen Vorgang, der die Heilbarkeit der Krankheit vortäuscht, indem Ressourcen umverteilt, Probleme externalisiert und so Ausbrüche verschoben und verzögert werden. Eine wirkliche Reorganisation moderner Gesellschaften setzt Emanzipationsbewegungen voraus, die ihre Erneuerungskraft nicht aus der Rationalität der Institutionen, sondern aus Moralität und Vernunft der Individuen gewinnen.

So gesehen bedeutet Moderne als Prozeß einerseits *Modernisierung, Rationalisierung* - und darunter verstehe ich die Herausbildung, Heraus-Entwicklung versachlichter und zwangsläufig entfremdeter Gesellschafts- und Evolutionsapparate aus der Tätigkeit der Individuen, die Ersetzung unmittelbaren Verhaltens der Individuen durch Vermittlungen, die Konstruktion von Mittelwelten mit Eigenlogiken (Produktionsmitteln, Industrien, Machtinstrumenten, Rechtsinstrumenten, Kommunikationsmitteln), die Institutionalisierung von Handeln in systemisch geregelten und rationalisierten Sachenwelten, wie Geld, Märkten, Staat und Bürokratie, Kultur und Ideologien. Zum anderen umschließt der Prozeß der Moderne auch *Emanzipation* als stets prekär bleibende, nie vollendbare Rückbindung dieser Gesellschaftsmaschinerien an die wirklichen Individuen durch politische Bewegungen. Deren Aktionen werden zu dauerhaften Steuerungsimpulsen und schaffen Kontrollfunktionen, wenn sie institutionalisiert werden. Sie bedingen daher die Tendenz, Emanzipation durch Institutionalisierung aufzubauchen; ein Beispiel sind die Gewerkschaften. Eine Gesellschaftsreform gelingt dann, wenn Öffnung und Suche emanzipatorischer Bewegungen so zum Umbau der Institutionen führen, daß ein objektiv möglicher neuer Entwicklungspfad (in der Sprache der Regulationsschule: ein neues Regulations- und Akkumulationsregime) politisch realisierbar wird, ein subjektiver Konsens dafür entsteht.

Insofern wirken in modernen Gesellschaften zwei differente Entwicklungsantriebe: Einerseits

die systemisch bedingten Trends der Modernisierung, die durch vergesellschaftete Sachen- und Institutionenwelten konstituiert werden und den Weg zur steten *Rationalisierung* der gesellschaftlichen Produktions- und Regulationsprozesse öffneten. Mit Kapitalismus und modernem Staat entwickelten sich Wirtschafts- und Regulationsweisen, die eine permanente Evolution des sachlichen Reichtums ermöglichen und die zugleich ohne permanente Evolution in Form technischen Fortschritts und wirtschaftlichen Wachstums nicht existieren können. Diese Evolution folgt zunächst den Eigenlogiken der Rationalisierung autonomisierter gesellschaftlicher Subsysteme, wie Markt, Macht, Ideologien, die sich aus deren Ausdifferenzierung ergeben. Dies ist aber nur die eine Seite moderner Entwicklung. Die eigenlogische Abkopplung der Evolution der Sachen- und Institutionenwelt von der Tätigkeit der Individuen muß in Divergenz zu Interessenlagen des Lebens der Individuen geraten, und zwar in doppelter Weise. Einmal zerstört die permanente Umwälzung der sachlichen Reichtumsproduktion die *traditionellen* Lebenswelten. Daraus folgen auf den Erhalt traditionellen Lebens gerichtete antimoderne Impulse. Zweitens eröffnet Modernisierung auch Pfade des Verlassens *bornierter* Lebensweisen und entfaltet das Bedürfnis nach *Freiheit* und *Entwicklung des Individuums*. Der Reibungspunkt ist hier die Diskrepanz zwischen den eigenlogischen Tendenzen systemisch bestimmter Rationalisierungspfade und den *emanzipatorischen Bedürfnissen der Individuen*, die selbst aber im Gegensatz zu den bornierten Fesseln stehen, die traditionelle Lebenswelten individueller Entwicklung anlegen. Hier reiben sich zwei Tendenzen der Moderne selbst, deren gegensätzlicher Sinn in ihren differenten Quellen wurzelt: in der Rationalisierung gesellschaftlicher Organisation einerseits, in der autonomen Subjektivität der Individuen andererseits.

Das emanzipatorische Ideal kommunistischer Utopien identifizierte beide Tendenzen: Volle Vergesellschaftung und Organisationsrationalität sollte zusammenfallen mit freier und universeller Entwicklung der Individuen. Entwicklung war gedacht als *unmittelbare* Subsumtion der gesellschaftlichen Entwicklung unter die Individualitätentfaltung der Menschen und als totales Aufgehen individueller Entwicklung in

Vergesellschaftung, in Rationalität der Großorganisationen. Dies ist das überschießende Moment moderner - also auf der Moderne beruhender - Emanzipationsbewegungen: daß sie die Früchte moderner Evolution für die „Befreiung der Individuen aus allen sie knechtenden Verhältnissen“ ernten wollen, ohne eigenlogische Rationalisierung systemisch organisierter Gesellschaftsapparate als Bedingung moderner Evolution anzuerkennen und ohne die Differenz systemischer Eigenlogik zu den Lebens- und Freiheitsbedürfnissen der Individuen zu thematisieren. Ich will hier nicht weiter darauf eingehen, wie diese Problematik in den Marx'schen Revolutionsvorstellungen gewendet wurde. Ich glaube nur, daß es weniger der theoretische Marxismus ist, der diesen Irrtum zu verantworten hätte. In der größten, inzwischen aber mehr oder weniger in Auflösung befindlichen Emanzipationsbewegung, der Arbeiterbewegung, entstand das Ziel, die moderne Industrie in den Dienst der eigenen Bedürfnisse zu stellen - ohne begriffen zu haben, daß die Industrie nur funktioniert, wenn sie zunächst und primär für ihre eigenen „Bedürfnisse“ wirkt.

Die Kraft dieser Emanzipationsbewegung (nur in zweiter Linie auch anderer), die die Modernisierung den eigenen individuellen Lebens- und Befreiungsbedürfnissen dienstbar machen wollte und dafür politische Bewegungen formierte, bestimmte die Evolutionstrends der Moderne mit. Sie bewirkte einen der Eigenlogik der Systeme Wirtschaft, Politik, Ideologie entgegengesetzten Trend, der aber selbst noch die System-Modernisierung voraussetzt: eine Rückbindung an individuelle Lebensbedürfnisse, an Lebenswelten. Genauer gesagt aber nicht an bloß traditionelle Lebenswelten, obwohl das Bewahren von Traditionellem in diesen Bewegungen präsent bleibt. Es ist vielmehr die Rückbindung an eine selbst in Modernisierung befindliche Lebenswelt, nur daß deren Sinn in der Freiheit der Individuen gründet. Diese andere Modernisierung beinhaltet solche Transformationen der Lebensweisen, die die Individuen, ausgehend von ihrem transzendenten Freiheitsbedürfnis, selbst als Zuwachs individuellen Reichtums, als Gewinn individueller Entwicklung begreifen. So gesehen, müssen Lebenswelten nicht zwangsläufig *konservativ* sein. Vielmehr wird ein durch die Rationalisierung gesellschaftlicher Systeme eröffnetes Feld möglicher Evo-

lution einem zusätzlichen (nicht aus ihm selbst folgenden) Evolutionskriterium ausgesetzt: der Frage, ob eine mögliche Rationalisierung auch der Maxime individuellen Freiheitsgewinns zu genügen vermag, ob der produzierbare sachliche Reichtum auch als individueller Reichtum Geltung erlangen kann, ob die Eigenlogik evolvierender Subsysteme mit dem emanzipatorischen Wollen der Individuen in (temporäre) Übereinstimmung zu bringen sei. Die Moderne beruht nicht einfach auf einer eigenlogischen Evolution der Sachenwelt, die sich individuelle Lebensprozesse subsumiert, sie zunehmend kolonialisiert, funktionalisiert und zerstört. Sie beruht auf einer spezifischen Verkopplung eigenlogischer Evolution der Gesellschaftsapparate und subjektiv bestimmter Evolution der individuellen Lebensweisen. Evolution aus rationaler Eigenlogik gesellschaftlicher Systeme wird rückgekoppelt an Evolution aus individueller Freiheit. Diese Vermittlung wird hergestellt durch die Artikulation emanzipatorischer Bedürfnisse in einer Form, in der sie zu Steuerungsimpulsen der Gesellschaftsmaschinerie selbst werden können: durch politischen Kampf und durch Institutionalisierung der Ergebnisse des politischen Kampfs. Und sie funktioniert in dem Maße, in dem die Eigenlogik der Apparate durch Emanzipationsbewegungen gebrochen, relativiert, an Lebensbedürfnisse, Entwicklungsbedürfnisse der Individuen zurückgebunden wird - wenn die Rückbindungen selbst zu Momenten der Regulationsysteme werden.

Die Moderne ist nicht nur Kolonialisierung der individuellen Lebenswelten, sie ist auch Voraussetzung und Chance ihrer Entwicklung, ihrer Befreiung aus Borniertheit. Moderne ist systemhafte Rationalisierung, sie ist aber ebenso Emanzipation. Die Geschichte der Moderne ist die Geschichte von Märkten, Staaten und Ideologien, ebenso aber die der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, der Frauenbewegung, der Ökologiebewegung, der sexuellen Emanzipation und der Subkulturen, ist die Geschichte der durch sie konstituierten Gegenmächte, Gesellschaftsreformen und Emanzipationsutopien, der Krisen, Kriege, Katastrophen und Revolutionen, die evolutionäre Umbrüche erzwingen und begleiten.

Für diesen Prozeß sehe ich drei große historische Beispiele und Etappen.

Erstens: Mit dem Arbeitsmarkt und der sich

herausbildenden Lohnarbeit, die ja zunächst eine durch die Reproduktionsbedürfnisse des entstehenden Kapitalismus bewirkte Umwälzung und Kolonialisierung individuellen Lebens bedeuteten, in Reaktion darauf, wurde die erste historische *Rückbindung* von den Cartisten erkämpft und dann durch den englischen Staat institutionalisiert: Die Länge des Arbeitstages wurde politisch festgesetzt, Arbeitszeit juristisch reguliert.⁵ Damit verbunden war die Anerkennung politischer Rechte für vormals Rechtlose: Auch Eigentumslose sollten hinfors bestimmte Rechte genießen.

Zweitens: Im Ergebnis der Rationalisierungsprozesse der sogenannten „großen Depression“⁶ der siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts und der mit der Massenarbeitslosigkeit wachsenden Arbeiterbewegung wurde eine nicht marktwirtschaftliche Komponente in die Regulation der sozialen Lage der Lohnarbeiter eingeführt. Die soziale Versorgung bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit wurde durch institutionelle Regelung (Sozialversicherung) vom Verkauf der Arbeitskraft unabhängig gemacht. Damit verbunden war nach Rückschlägen letztlich die Anerkennung der Arbeiterbewegung als *politische Partei* im bürgerlichen Sinn, der Fall der Sozialistengesetze. Die Arbeiterbewegung war selbst zum institutionalisierten Moment des politischen Systems geworden - mit allen Problemen, die dies für eine Emanzipationsbewegung bringt, die ihre eigentliche Kraft aus lebensweltlichen Zusammenhängen nehmen muß.

Drittens: Im Resultat des New Deal der 30er und 40er Jahre konstituierte sich die „fordistisch“ genannte Produktions- und Lebensweise, die eigentliche Moderne, die einen bestimmenden Typ industrieller Produktion und Rationalisierung, einen entsprechenden Modus der Verteilung der Rationalisierungsergebnisse und eine daraus resultierende Konsumtionsweise verband. Entscheidend dürfte sein, daß die Arbeiterbewegung auf Grund politisch erkämpfter Kräfteverhältnisse durchsetzen konnte, daß die aus der Steigerung der Produktivität resultierenden Zuwächse nicht ausschließlich oder überwiegend als Profite durch das Kapital angeeignet werden konnten, sondern in einem politischen Aushandlungsprozeß zwischen Kapital und Lohnarbeit verteilt werden mußten. Es begann eine Zeit, in der die Lohn-

einkommen etwa im Maße der Produktivitätszuwächse stiegen, in der Konsumtionszuwachs zur Normalität der Lebensweise der Lohnabhängigen wurde. Die so entstehende „Konsumgesellschaft“ löste die traditionellen Arbeitermilieus auf. Kontinuierlich steigende Einkommen unterminierten die auf einfacher Reproduktion der gegebenen Bedürfniswelt beruhende traditionelle Lebensweise der Lohnarbeiter. Die Ablösung einer auf einfacher Reproduktion der Arbeitskraft beruhenden Lebensweise (Reproduktion der Arbeitskraft als Ware) durch eine auf Konsumwachstum sich gründende verwandelte das Milieu nach und nach in das von aufstiegs- und wachstumsorientierten Mittelschichten, für die die Orientierung auf Karrieren und die Erwartung von in der Lebenszeit steigenden Einkommen (nicht das hohe Einkommen an sich) substantiell sind. Die Verteilung der Produktivitätsgewinne durch politisch institutionalisierte Interessenkämpfe (Gewerkschaften - Unternehmerverbände, Tarifinstrumente) als Metaregulation oder „Einbettung“ des Arbeitsmarkts und des Arbeitslohns war verbunden mit dem Ausbau analoger Regulationsinstrumente für andere Bereiche: Die Einkommen des öffentlichen Dienstes und der Beamten wurden dynamisch geregelt, ebenso die Sozialversicherungseinkommen, die die Grenze einer Sicherung im Notfall, als die sie ursprünglich entstanden waren, überschritten. Der entstehende Sozialstaat formierte für die nicht marktregulierbaren Bereiche analoge Einkommensmodelle, auch Staats- und Sozialeinkommen wachsen im Maße wirtschaftlicher Produktivitätszunahme. Mit der partizipatorischen Regulation der Verteilung der Produktivitätszuwächse ist eine rein eigenlogische Regulation der Wirtschaft aufgehoben, die ja tendenziell die Einkommen der Individuen auf das begrenzen würde, was für ihr bloßes „Funktionieren“ im System (analog zum Marxschen Begriff des „Werts der Ware Arbeitskraft“) erforderlich ist. Damit wird Systemfunktionalität zwar nicht aufgehoben, aber sie wird gewandelt. Durch Emanzipationsbewegungen erkämpft und institutionell in Partizipationsrechten verankert, entsteht eine Rationalität systemischer Reproduktionsprozesse, die einen Kompromiß zwischen Eigenlogik kapitalistischer Reproduktion und emanzipatorisch durchgesetzten Entwicklungsinteressen der Individuen darstellt.

Das Emanzipationsprojekt der Gegenwart

Man muß aber auch die Grenzen bisheriger Emanzipationsschritte sehen. Fragt man nämlich nach dem Verhältnis, in dem eigenlogische Rationalisierung einerseits und individuelle Emanzipation andererseits die Tendenzen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung bestimmen, so meine ich schon, daß eine Subsumtion individueller Entwicklung unter Systemevolution, eine „Kolonialisierung der Lebenswelten“ zu konstatieren ist. Das liegt m.E. daran, daß die inhaltlichen Tendenzen wirtschaftlicher Entwicklung, die Richtungen, in die sich Arbeit und Leben, Arbeitsprozesse und Lebensbedingungen verändern und die durch Innovation und Selektion von Innovationen bestimmt werden, nur sehr begrenzter Partizipation ausgesetzt sind.

Zur Begründung möchte ich einen Rückgriff auf Marx machen. Nach seiner Auffassung erhält sich der kapitalistische Reproduktionsprozeß reell durch sich reproduzierende Subsumtion der Lohnarbeit unter das Kapital in drei Momenten: a) Reduktion der Lohneinkommen auf die einfache Reproduktion der sozialen Funktion des Lohnarbeiters, durchgesetzt durch die Marktregulation des Lohnes bei Anwesenheit und periodischer Erneuerung einer „industriellen Reservearmee“⁷. Dieses Moment ist, wie bereits skizziert, durch die emanzipatorischen Resultate der Arbeiterbewegung in den entwickelten Industrieländern des Westens heute weitgehend aufgehoben. b) Der gegenständliche Produktionsprozeß wird als *Industrie* so formiert, daß die Leistungsverausgabung des Arbeiters tendenziell von der Konstruktion und Organisation der Produktion durch das Kapital abhängig wird⁸. Diese Tendenz wird durch Innovationen der Produktionsbedingungen verwirklicht. Da Innovation Kapitalfunktion ist und marktvermittelte Selektion von Innovationen im großen und ganzen Verwertungskriterien unterliegen muß, folgt die Tendenz der Umwälzung der gegenständlichen Bedingungen der Arbeit und der durch diese determinierten Inhalte der Arbeit der Eigenlogik der Kapitalreproduktion. Notwendig beherrscht Kapital (nicht der einzelne Kapitalist!) die Entwicklungsrichtungen der Industrie, der Produktion und der Arbeit, dominieren Tendenzen, die von der Eigenlogik

des Systems bestimmt werden, reduzieren sich die von den Bedürfnissen der Lohnarbeiterindividuen bestimmten Selektionskriterien zunächst auf den „Schutz“ vor negativen Auswirkungen industrieller Entwicklung, nicht aber auf die positive Bestimmung des Inhalts von Industriearbeit bzw. von Lohnarbeit überhaupt. Die partizipatorischen Möglichkeiten heute sind zwar auch auf diesem Feld ungleich gewachsen, aber anders als bei der Einkommensfrage ist die Schranke nicht durchbrochen. Es sind ausgefeilte Schutzfunktionen in die Systemlogik integriert, aber es gibt kaum Partizipation an der positiven Bestimmung der Entwicklungsrichtungen des technischen Fortschritts und ihren Auswirkungen auf die Arbeit. c) Ein analoger Zusammenhang besteht bei der marktvermittelten Determination der Entwicklungsrichtungen der gegenständlichen Lebensbedingungen und der Lebens- und Konsumtionsweisen außerhalb der Arbeit⁹. Formell wird dieser Zusammenhang bekanntlich durch die Konsumtion der Lohnarbeiter und darüber hinaus anderer abhängiger sozialer Gruppen bestimmt. Die Konsumtionsgegenstände sind Produkte eines kapitalistisch formierten Innovationsprozesses und eines an systemischen Rationalitätskriterien orientierten marktvermittelten Selektionsprozesses. Durch die eigenen Konsumtionsentscheidungen, die rational der Reproduktion einer als Ware verkaufbaren Arbeitskraft dienen müssen, entwickelt der Arbeiter unter klassischen Bedingungen eine Lebensweise, die kapitalistischer Verwertungsrationalität entspricht. Dies läßt sich auch zeigen, und zwar an den Städten, Verkehrssystemen, Häusern und Wohnungen, an der neuen Familienstruktur, an der Ernährungsweise, an einem veränderten Lebensrhythmus, an der Rolle der Uhr usw. (Übrigens zeigt sich an der zwiespältigen Differenz zu vorkapitalistischen Lebensweisen auch der emanzipatorische Fortschritt, den diese Subsumtion unter die Rationalität der Kapitalverwertung brachte!) Die Determination der Lebensweise der Arbeiter durch ihre Systemfunktion kann sich in dem Moment und in dem Maße relativieren, wie die Einkommen die Grenze qualitativ einfacher Reproduktion der Arbeitskraft überschreiten. Dann nämlich gibt es einen Raum *freier*, von der Erhaltung der Arbeitskraft unabhängiger Konsumentscheidungen der Individuen, die innovative Veränderungen der Lebensumwelten

selbstbestimmt selektieren. Selbstverständlich wird über die Selektion von Konsumgütern ein beträchtlicher Einfluß auf Entwicklungsrichtungen des technischen Fortschritts ausgeübt. Trotzdem bleiben die langfristigen Folgen für Richtungen des technischen Fortschritts gering, denn Konsumenten selektieren unmittelbar nicht Entwicklungsentscheidungen, sondern Endprodukte. Der Konsument kann individuell nur zwischen verschiedenen bereits entwickelten Konsumgütern entscheiden. Dies ändert sich erst, wenn der Markt über Verbraucherrecht, Verbraucherorganisationen und Medien institutionell eingebettet wird und über Öffentlichkeiten faktische Partizipation an den Entwicklungsentscheidungen erfolgt. Beispiele sind die Felder alternativer Energien, bestimmte Verkehrsdiskussionen, Wohnen und Wohnungsbau, Lebensmittelkontrolle usw.

Fazit: Einkommensverteilung erfolgt heute nicht mehr unter Dominanz kapitalistischer Verwertungslogik, sondern ist partizipatorisch rückgebunden an lebensweltlich formierbare Entwicklungsbedürfnisse der Individuen. Die Logik kapitalistischer Innovationstätigkeit ist bisher nur soweit rückgebunden, wie es die Begrenzung dysfunktionaler Folgen auf die Lebensprozesse der Individuen in relativ kurzfristigen Zeiträumen erfordert (und auch dies durchaus lückenhaft). Ausgeschlossen ist nach wie vor eine partizipatorische Rückkopplung der positiven Bestimmung der Richtungen des technischen Fortschritts und damit der Richtungen, in denen sich die gegenständlichen Bedingungen individueller Tätigkeit, die Arbeits- und Lebensbedingungen, die Fabriken und die Städte, Häuser, Wohnungen und Konsumgegenstände entwickeln sollen, obwohl jeder weiß, daß die Wirkungen technischen Fortschritts nicht nur das Leben der Menschen in nachhaltigster Weise mitbestimmen, sondern existentielle Folgen für die Menschheit schlechthin haben. Heute noch ist der technische Fortschritt, sind Innovationen und Industrieforschung das Feld, das am meisten von der Eigenlogik der Kapitalreproduktion bestimmt wird und am wenigsten emanzipiert ist. Technischer Fortschritt ist aber an sich eine eminent öffentliche Angelegenheit: Industrieforschung, Innovationstätigkeit und industrielle Entwicklung müssen diskursiv entschieden werden, müssen der Dominanz systemischer Eigenlogik des Kapitals ent-

zogen und partizipatorischer Kontrolle zugänglich gemacht werden.

Seit 15 Jahren ist das Thema auf der Tagesordnung, wenn auch zunächst in eher negativer und roher Form, und zwar mit den Ökologiebewegungen. Auch sie sahen technischen Fortschritt zunächst in der traditionellen Rolle einer Bedrohung, gegen die Schutzwälle zu errichten sind. Die Eigenlogik des Systems soll begrenzt werden. Dies bleibt bislang aber im Rahmen der Verhinderung negativer Wirkungen, reicht nicht zu positiver Bestimmung von Entwicklungsrichtungen. Die paradoxe Konsequenz ist der Eindruck, daß Partizipation am technischen Fortschritt nicht auf seine inhaltlich bestimmte und selektive Beförderung, sondern auf Be- und Verhinderung hinausläuft.

Aufhebung der Systemlogik ist aber allein durch Begrenzung technischer Entwicklung nicht möglich. So erweisen sich die Kritik an der Art und Weise technischen Fortschritts und das damit gegebene negative Verhältnis zu den Institutionen der Steuerung wirtschaftlicher Entwicklung, zu den Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen von Wirtschaft und Staat, zu den Instrumenten der Geld-, Kredit- und Investitionssteuerung heute zugleich als Handicap: Über das Abblocken und Eingrenzen kommt man faktisch kaum zur Frage nach dem *Wie* positiver Bestimmung von Entwicklungsrichtungen und den Kriterien dafür. Die Frage, welche Evolutionstrends der Wirtschaft, der Arbeit, des Konsums aus dem Bedürfnis nach freier selbstbestimmter Entwicklung des Individuums zu folgen hätten, wird kaum gestellt. Dies läuft letztlich darauf hinaus, den Schutz der Individuen vor den Innovationen der Wirtschaftssysteme durchzusetzen und die Borniertheiten zu zementieren. Offen bleibt, die gewollten Richtungen des technischen Fortschritts positiv zu bestimmen, Institutionen zu erdenken, die Übereinstimmungen zwischen den Eigenlogiken der Wirtschaft und den Emanzipationsbedürfnissen der Individuen selektieren und Kompromisse zwischen technisch Möglichem, wirtschaftlich Effektivem und menschlich Notwendigem ermöglichen. Die Forderung nach gesellschaftlicher Partizipation an den Entscheidungen über Forschung, Entwicklung und Innovationstätigkeit wird erst in Andeutungen erkennbar.

Die Selektionskriterien wirtschaftlicher Entwicklung positiv anders zu bestimmen, also

andere Richtungen des technischen Fortschritts und andere Qualitäten des wirtschaftlichen Wachstums zu selektieren, wird möglich, indem eine Rückkopplung systemischer Innovationsprozesse an Interessenlagen und Entwicklungsbedürfnisse der Individuen hergestellt wird. Letztere müssen sich aber lebensweltlich artikulieren und formieren. Diese Rückkopplung muß emanzipatorisch erkämpft und institutionell verankert werden, wenn eine diskursiv vermittelte Abhängigkeit des technischen Fortschritts und des Wandels der Arbeitswelt wie der gegenständlichen Lebensumwelt (der Städte, Häuser, Verkehrssysteme, Konsumgegenstände etc.) von individuellen Entwicklungsbedürfnissen hergestellt werden soll, wenn also Autonomie und Freiheit der Individuen Ausdruck in der Art und Weise der Formierung ihrer sinnlich-gegenständlichen Arbeits- und Lebensweise bekommen soll.

Nach der partizipatorischen Regulierung von Einkommen und Wachstum steht die partizipatorische Regulation der Inhalte wirtschaftlicher Entwicklung an. Ich denke, man kann dieses Emanzipationsprojekt als *libertären Ökosozialismus* bezeichnen. Ich betrachte *Sozialismus* als Bewegung der Moderne, die die Rückbindung der entfremdeten Gesellschaftsmächte „Kapital“, „Staat“ und „Ideologie“ an Leben und Freiheitsbedürfnisse über Emanzipationsbewegungen herzustellen sucht. Partizipation an der Qualität wirtschaftlicher Entwicklung und demokratische Kontrolle technischen Fortschritts müßten den politischen Kern des *ökologischen* Programms bilden. *Libertär* ist dieses Konzept, weil es in den autonomen Freiheits- und Entwicklungsbedürfnissen der Individuen die zur Systemrationalität konträre Evolutionsquelle kenntlich macht.

Umbau der Institutionen

Damit ein qualitativer Wandel von Entwicklungsrichtungen eintritt, muß es einen Umbau der Institutionen geben, die das Verhalten der Menschen und die Entwicklungstendenzen der Wirtschafts- und Lebensprozesse regulieren. Demokratisierung der Wirtschaftsentscheidungen scheint mir der institutionelle Schlüssel des skizzierten Emanzipationsprojekts der Gegenwart zu sein. Sie steht heute ebenso auf der Tagesordnung wie die Demokratisierung der Politik

vor 100 Jahren. Und dabei ist die erste Voraussetzung, daß der Raum wirtschaftlicher Entscheidungen ein *öffentlicher* Raum wird. So wie die politischen Entscheidungen aus den geheimen Kronräten in die öffentlichen Parlamente gezogen wurden, so muß eine öffentliche Instanz die Art und Weise und die Inhalte wirtschaftlicher Entscheidungen überall da mitvollziehen, wo allgemeine Interessen berührt sind.

In unseren Reformvorstellungen für die DDR im Jahre 1989 war an die Ersetzung des zentralen staatlichen Planungs- und Leitungssapparates durch selbständige Unternehmen einerseits und ein System autonomer *Wirtschafts- und Sozialräte* andererseits gedacht, die neben der Belegschaft eine *Partizipation von Öffentlichkeiten* an allen relevanten Entscheidungen der Unternehmen (Industrie, Handel, Finanzen) und der wirtschaftspolitischen Organe des Staates (Zentralbank, Finanzministerium, Wirtschaftsministerien) verwirklichen sollten. Diese Partizipation sollte zwar durch Staatsgesetz geregelt, aber nicht durch staatliche Stellen wahrgenommen werden, sollte keine Regierungsfunktion sein und nicht staatlich verwaltet werden. Unser damaliges Modell scheint mir auch für eine Neueinbettung der Marktregulation in ein verändertes gesellschaftliches Institutionengefüge interessante Ansätze zu enthalten. Die Märkte bedürfen einer neuen Einbettung in sie regulierende Institutionen, es ist aber auch klar geworden, daß der Staat überfordert ist, wenn er nicht nur die Art und Weise der Vertretung diverser Interessen regeln soll, sondern zugleich als Organ der Vertretung jedweder öffentlicher Interessen selbst zu agieren hat. Die Partizipationsrechte könnten daher analog zur Tarifautonomie außerstaatlich wahrgenommen werden.

Das bedeutet a) ein Öffentlichkeitsprinzip für die politisch relevanten Leitungsentscheidungen der Wirtschaft anstelle der Geheimhaltung wirtschaftlicher Entscheidungen. Und es bedeutet b) die Errichtung einer Öffentlichkeitsbank in den Entscheidungsgremien der Wirtschaft und der staatlichen Wirtschaftspolitik, die ökologische, soziale und kommunale Interessen einzubringen hat. Dabei denke ich an eine Drittelparität zwischen Eigner, Belegschaft und Öffentlichkeit. c) Bei allen Unternehmen bestimmter Größe, bei Banken und Börsen sowie bei den wirt-

schaftspolitischen Institutionen des Staates (Bundesbank, Wirtschaftsministerium, Bundesanstalt für Arbeit etc.) sollten nach unserer Vorstellung Wirtschafts-, Sozial- und Ökologie(räte) geschaffen werden. Ein System miteinander kommunizierender Wirtschafts- Sozial- und Ökologieräte, die Gutachten bestellen, bestimmte Genehmigungen oder Verbote nach Rechtsverfahren erteilen (wie beispielsweise der TÜV), die Arbeit der Verwaltungen in Wirtschaft und Staat kontrollieren und die Öffentlichkeitsbänke in den Aufsichtsräten und Vorständen sowie den Verwaltungen bestellen, wären wirksame Korrekturen zur derzeitigen Form undemokratischer und außeröffentlicher Entscheidungsfindung. Sie wählen und kontrollieren die Öffentlichkeitsbänke in den Entscheidungsgremien und artikulieren öffentliche Interessen gegenüber dem Unternehmen bzw. der Institution. Die Besetzung der Wirtschafts- und Sozialräte soll nach einem bestimmten Schlüssel aus Bürgerbewegungen, Bürgerinitiativen, Expertengruppen, Verbänden und Organisationen erfolgen, zu denen u.a. Ökologiebewegungen, Verbraucherorganisationen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, unabhängige wissenschaftliche Institute u.ä. gehören können. Den Modus zur Besetzung dieser zu befristenden Mandate, die an die Mitwirkung bzw. Wahrnehmung einer entsprechenden Funktion in einer relevanten Initiative bzw. Organisation gebunden sein können, sollten die Parlamente festlegen, aber nur sehr allgemein. Auszuschließen ist, daß die Parteien hier Machtpositionen erobern.

Veränderung der Entwicklungsrichtungen und der Qualitäten technischen Fortschritts und wirtschaftlichen Wachstums durch Partizipation an Innovations- und Entwicklungsentscheidungen der Wirtschaft muß eine veränderte Regulation des Zusammenhangs von Wirtschaftsentwicklung und Einkommen einschließen. Der bisher über Tarifautonomie und Aushandlung zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden hergestellte *quantitative* Zusammenhang zwischen Produktivitätssteigerung und Einkommenszuwächsen muß bei einer Determination der *Qualitäten* wirtschaftlicher Entwicklung anders hergestellt werden. Hier liegen die eigentlichen und zentralen Probleme: Dieses Konzept erfordert den Ausstieg aus bisherigen Konsumtrends, Sicherheiten und Besitzständen. Der Tausch von Konsumwachstum

gegen selbstbestimmten Wandel der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen ist nur mit einem *Bewußtseinswandel* zu erreichen. Das Interesse an der inhaltlichen Gestaltung der Lebensbedingungen kann sich erst dann formieren, wenn die Defizite an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten nicht durch Konsumexpansion (Wegwerfen des Unnützen) kompensiert werden können. Bisher sind die schon gegebenen Möglichkeiten individueller Selbstverwirklichung eine Folge der Konsumexpansion. Dieser Zusammenhang muß sich umkehren: Der Gewinn an qualitativ selbstbestimmten Entwicklungsmöglichkeiten individuellen Lebens muß die primäre Regulationskategorie werden, das quantitative Wirtschafts- und Konsumwachstum muß eine abhängige Variable eines partizipatorisch bestimmten technischen Fortschritts sein. Partizipation an der inhaltlichen Determination des technischen Fortschritts mit der Chance neuer Räume für eine selbstbestimmte Veränderung der gegenständlichen Lebensbedingungen, die Partizipation an den inhaltlichen Entscheidungen über die Entwicklungsrichtungen der Arbeits- und Lebensweisen müssen zur Rücknahme der Orientierung auf eine stets wachsende Quantität der Konsumtion führen. Dies bedeutet, daß der Zuwachs an Produktivität umsetzbar würde in Selektion *qualitativer Entwicklungsmöglichkeiten*, in Projekte der Reorganisation der sinnlich-gegenständlichen Lebensbereiche der Individuen, in Schaffung von Entwicklungsräumen außerhalb der entwickelten Industrieländer¹⁰, in ökologischen Umbau der Industrie. André Gorz spricht vom „Genügen“, von „Selbstbeschränkung als gesellschaftlichem Projekt“¹¹.

Hier aber liegen die eigentlichen sozialen Probleme und Widerstände. Die derzeitige Regulationsweise schafft bislang noch gesicherte Besitzstände am Reichtumszuwachs für fast alle sozialen Gruppen und für einen überwiegenden Teil der Bevölkerung, indem es die Rechte an der Teilung dieses Reichtums partizipatorisch verteilt. Jede Neubestimmung von Regulation muß scheitern, solange die Akteure des Regulationsprozesses an ihren „Besitzständen“ und Partizipationsrechten festhalten, die sie in harten politischen Kämpfen errungen haben. Wer diese Besitzstände und Partizipationsrechte aufgibt, bevor andere es tun und bevor klar ist, welche anderen Rechte an ihre Stelle

treten, wird verlieren. Tatsächlich sind die westlichen Nationen in einer Konstellation, in der zunächst ein *neuer Grundkonsens über den Inhalt sozialer Rechte* und über die Art und Weise ihrer Verteilung erreicht werden muß. Bevor man ein Instrumentarium zur partizipatorischen Regelung des technischen Fortschritts und des qualitativen Wandels der Arbeits- und Lebensweisen schaffen kann, muß man sich zunächst darauf einigen, die bisherigen Verteilungs- und Kampfmodi aufzugeben und sich für eine Neubestimmung der Spielregeln öffnen. Wie schwer so etwas ist, kann man daran sehen, daß es immer nur existentielle und tiefe Krisen waren, in denen die Bereitschaft dazu entstand, weil sowieso klar war, daß das Alte nicht mehr herzustellen sein wird. Der Umstieg aus einer auf stetem Konsumzuwachs orientierten Wirtschaftsweise in die partizipatorische und soziale Gestaltung des qualitativen Wandels der Lebensmöglichkeiten der Individuen widerspricht zunächst den gegebenen sozialen Verhaltensmustern der Bevölkerungsmehrheit. Sie müssen etwas aufgeben, ohne das zu kennen, was an diese Stelle treten könnte, ohne Verhaltensmodelle für den Umgang mit einer solchen Regulationsweise zu haben. Der Umstieg ist daher ein komplizierter Reformierungsprozeß der Gesellschaft, nicht nur ein Umbau staatlicher Instrumente. Es hat solche Prozesse in der Moderne wiederholt gegeben, aber gesellschaftskritische Rekonstitution kann nur diskursiv erstritten werden, weil es keine technokratischen sondern soziale Umstellungen wären.

Die möglichen Felder des Streits um einen veränderten sozialen Grundkonsens, um eine moderne Sozialverfassung sind solche Themen wie Grundeinkommen, Recht auf und Pflicht zur Arbeit, selbstbestimmte Gestaltung der Arbeitszeit, Art und Weise der Schaffung von Freiräumen für die gemeinschaftliche Selbstbestimmung der eigenen Lebensweise und der eigenen Lebensumwelt, Sicherheiten und Grenzen sowie Art und Weise der Rahmensetzungen dafür durch Staat und Partizipationsorgane. Vorläufig aber hat der öffentliche Diskurs die Auseinandersetzung der verschiedenen Gruppen um ihre jeweiligen Besitzstände zum Inhalt hat, werden die Darstellung der Fakten in den Dienst parteiischer Positionen genommen und jede Öffnung für Neues verhindert. Daher gilt

der Versuch zu Neuem als parteiisch und wird denunziert.

Anmerkungen

- 1 Die „Reformsozialisten“ waren weniger eine Gruppe, eher eine lose Kommunikationsgemeinschaft. Die für ihre Identität relevanten politischen Positionen entstanden bereits zwischen 1979 und 1987. Sie sind personell schwer abzugrenzen, weil erst 1988 organisatorische Strukturen entstanden. Wegen des in der SED geltenden Fraktionsverbots mußten dabei die offiziellen Organisationsstrukturen der SED, des Staates oder anderer SED-nahen Organisationen funktioniert werden. In einer nicht mehr ganz unverbindlichen Form existierten mehrere Gruppen, von denen der Autor die an der Berliner Humboldt-Universität - 1988 offiziell als Projekt „Moderner Sozialismus“ konstituiert - aus der eigenen Mitarbeit kannte, weitere an einigen Instituten der Akademie der Wissenschaften (Geschichte, ITW) und eine an der Leipziger Universität aus den damaligen Kontakten. Der Personenkreis kann naturgemäß nicht scharf abgegrenzt werden. Man kann aber davon ausgehen, daß an der Berliner Universität neben so bekannten Namen wie Michael Brie, Dieter Segert, Dieter Klein, Rosemarie Will, Vera Thiel, Ina Merkel, Wilfried Ettl, Jürgen Jünger, Uwe Ewald etwa 40 Personen regelmäßig zusammenarbeiteten und ein Mehrfaches davon in die Kommunikation einbezogen war. Seit dem Jahr 1990 findet ein Differenzierungsprozeß mit langsamer Neubestimmung der politischen Zuordnungen statt.
- 1a Rainer Land; Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum 1993.
- 2 Im folgenden werden einige Gedanken entwickelt, deren theoretischen Voraussetzungen hier nur teilweise entwickelt werden können. Vgl. dazu:
Rainer Land: Evolution und Entfremdung. Wirtschaftliche Subsysteme und individuelle Lebenswelten in der gesellschaftlichen Entwicklung. In: INITIAL 6/1990
Rainer Land: Ist wirtschaftliche Entwicklung gestaltbar? Zur Besonderheit des Kommunikationsmediums Geld. In: Brie/Klein: Umbruch zur Moderne? Hamburg, VSA-Verlag 1991.
Moderne Gesellschaft: Eine Gesellschaft betrachte ich als modern, wenn die Handlungskoordination der Subjekte des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses über funktional differenzierte Subsysteme erfolgt, die gegenüber der interaktiven Handlungskoordination in individuellen Gemeinschaften verselbständigt ist. (Das für mich wichtigen Systeme sind zunächst die Wirtschaft - Handlungskoordination auf Waren-, Arbeits- und Kapitalmärkten vermittels des Steuermediums Geld - und die Politik - Handlungskoordination mittels Wettbewerb um Macht. Im Unterschied dazu sind *Gemeinschaften* Vereinigungen kooperierender Individuen, deren Kooperation durch gegenständliche Mittel und durch diskursive Kommunikation von Individuen vermittelt wird. Aus meiner Sicht ist der entscheidende Vorteil der Gesellschaftsbildung die Evolution der Evolution, also die Ausbildung von Instrumenten und Regularien für die Entwicklung neuer Produktionsverfahren, Produkte und Lebensmittel, unabhängig von der aktuell gegebenen und lebensweltlich stabilisierten Bedürfnissen der Individuen. Mit seiner Verdinglichung wird die Regulation der gesellschaftlichen Reproduktion von den Bedingun-

gen und Grenzen der interindividueller Koordination entkoppelt, es können davon unabhängige Regularien institutionalisiert werden - Regularien, die eben die Evolution der Bedingungen des Reproduktionsprozesses und der Gemeinschaftsbildung selbst zum Gegenstand haben können. Damit aber wird die Konstitution neuer Gemeinschaften, Lebensweisen und Lebenswelten möglich, wie beispielsweise der Stadt, der Fabrik, des Bürgervereins.

Unter *Emanzipation* - ursprünglich Befreiung von persönlicher Abhängigkeit - verstehe ich im Kontext moderner Gesellschaft das Streben nach Befreiung von den Handlungszwängen, die durch die Funktionsweise gesellschaftlicher Regulationssysteme entstehen und aus der Perspektive der Lebenswelt individueller Gemeinschaften als Fremdbestimmung erscheinen. Diese Befreiung hebt die Voraussetzung autonomisierter Handlungsregulation nicht auf, relativiert und korrigiert sie aber, transformiert Steuerungsimpulse der Gesellschaftssysteme in kommunizierbare Handlungsanforderungen der Lebenswelten und verhindert gegebenenfalls auch, daß moderne Evolution völlig Pfade einschlägt, die die Erhaltung der Lebens- und Handlungsbedingungen der Individuen und der individuellen Gemeinschaften nicht mehr gewährleisten. Emanzipation ist „Vergemeinschaftung“ oder der „Re-Vergemeinschaftung“ der Resultate moderner Evolution und bildet den kategorialen Gegensatz zu „Verdinglichung“ und „Entfremdung“ als Momenten moderner „Vergesellschaftung“. Ohne diese Rückkopplung wären Koordination und Synchronisation der Evolution gesellschaftlicher Handlungssysteme mit interindividuellen Handlungssystemen, mit Lebenswelten nicht erklärbar.

3 André Gorz: Und jetzt wohin? Berlin: Rotbuch Verlag 1991.

- 4 André Gorz: Die politische Ökologie zwischen Expertokratie und Selbstbeschränkung. In: Berliner Debatte INITIAL 1/1992, S. 17ff .
- 5 Vgl.: Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, in: MEW Bd. 23 Berlin: Dietz-Verlag, Kapitel 8 (Abschn. 5, 6, 7).
- 6 Vgl.: Hans Mottek: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands Bd. 3 S. 153-180.
- 7 Karl Marx, a.a.O., Kapitel 23.
- 8 Ebenda, Kapitel 13.
- 9 Diesen Zusammenhang, der in der Marxschen Terminologie als „reeller Konsumtionsprozeß der Lohnarbeit“ oder als „reelle Produktion der Ware Arbeitskraft“ zu bezeichnen wäre, hat Marx im ersten Band des Kapitals nur angedeutet. Er schreibt im Kapitel 21: „Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist daher die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse Rückverwandlung der gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare Arbeitskraft. Sie ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals ...“ (S. 597) Über weitergehende Ausführungen, etwa die daraus folgende inhaltliche Bestimmtheit der Lebensweise der Arbeiter, die in einem geplanten Buch über die Lohnarbeit hätten stehen können, kann man natürlich spekulieren. Mein Argument ergibt sich aus der Logik des Marxschen Ansatzes, wie ich sie sehe.
- 10 Die Frage, inwiefern eine andere Entwicklungsdynamik der Weltwirtschaft Voraussetzung und Konsequenz eines im hier skizzierten Sinne veränderten Regulationsmodus sein könnte, kann hier nicht weiter untersucht werden.
- 11 Berliner Debatte INITIAL, Heft 1/1993.